

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Veröffentlichungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zusatzkassette

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 2 (ohne Postgeb.) bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgeber vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittags 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf. für die dreispaltige Zeile oder deren Raum berechnet

Der Tag der Heimkehr.

Soziale Fragen der Ubergangswirtschaft.

Ende Oktober vergangenen Jahres hat in Berlin eine von der Kriegswirtschaftlichen Vereinigung einberufene Konferenz stattgefunden über die Verhütung von Notstand und unproduktiver Notstandsaktion bei der Massen Heimkehr nach Friedensschluss zu beraten. Zum Studium dieser Fragen hatten sich im Sommer 1916 das Bureau für Sozialpolitik gemeinsam mit der Zeitung der Gesellschaft für soziale Reform und des Vereins für Sozialpolitik einberufen und die Kriegswirtschaftliche Vereinigung andererseits Sonderausgänge eingeleitet. Auf der Konferenz traten zu den einzelnen Aufgaben von Fachleuten, die die Schwere der Aufgaben zeigten, aber auch Wege zur Lösung zeigten. Jetzt sind diese Vorträge unter dem in der Ubergangswirtschaft angelegenen Titel als 59. Heft der Schriften der Gesellschaft für soziale Reform im Druck erschienen. (Verlag von Gustav Fischer in Jena. Preis broschiert M. 2.)

Bunne ist in der Schrift enthaltenen Vorträgen sind einzelne so interessant, daß wir sie am liebsten wörtlich abdrucken möchten. Da das nicht möglich ist, so wollen wir wenigstens unsere Kollegen über den Hauptinhalt der Schrift kurz unterrichten. Denn wir halten es für notwendig, daß sich allmählich auch der letzte unserer Kollegen ein Bild davon macht, wie die Zustände nach Friedensschluss sein werden.

In seiner Einleitung weist Professor Dr. W. Brandt darauf hin, daß unsere Arbeiter nach dem Kriege verändert an Leib und Seele in die Heimat zurückkehren werden. Hier werden sie die Welt immer noch in Abhängigkeit von fremden Privatinteressen finden; aber stark verändert, des Wohlstandes und Wiederaufbaus bedürftig, der Exportverhältnisse beraubt, des Kapitals entbehrend, das der Krieg verschlang, der Wohlstand erlangend, die nur langsam wieder eingeführt werden können, den dringend notwendigen Wohnungsbau durch hohen Zinsfuß behindert. Es werden infolgedessen ansteifen die Gespenster der Wohnungsnot, Nahrungsnot, Arbeitslosigkeit und vor allem der Arbeitslosennot. Gegen diese drohenden Notstände gilt es, den Kampf zu führen, und zwar so, daß die Volkswirtschaft davon Nutzen hat.

Der Arbeitsmarkt nach dem Kriege.

Diese Frage behandelt Regierungsrat Dr. Johannes Feig. Er geht davon aus, daß man heute über den Arbeitsmarkt nach dem Kriege nur Vermutungen anstellen könne, da man weder die fernere Kriegsdauer, noch die Frage der Demobilisierung, noch die Zahl der zum Kriege eingezogenen Arbeiter, der gefallen und arbeitsunfähig gewordenen, die Zahl der in den Rüstungsbetrieben Beschäftigten, der Kriegsgefangenen und Anständer genau kenne. Nach dem Reichsarbeitsblatt war im September 1917 die Zahl der Beschäftigten im Reich gegen Juni 1914 um fast ein Fünftel zurückgegangen. Es werden im letzten Herbst etwa 12,8 Millionen der starkverringerten unterliegenden Personen beschäftigt worden sein gegen 15,8 Millionen vor dem Kriege. Und zwar haben die Männer um etwa 4 Millionen ab, die Frauen um etwas über 1 Million zugenommen. Männer und Frauen halten sich jetzt ungefähr das Gleichgewicht mit rund 6,4 Millionen, während vor dem Kriege das Verhältnis wie zwei zu eins war.

Bei Friedensschluss werden diese Verhältnisse außer Acht gelassen sein. Und in diese Verhältnisse hinein kommt dann die Entlassung der Millionen aus dem Heeresdienst und der Arbeiter aus der Rüstungsindustrie. Wenn auch aus militärischen Gründen die Heere nicht in einem Schlage entlassen werden können, so glaubt Regierungsrat Dr. Feig doch, daß man immerhin mit einem in kurzen Jahren ob der ganzen Millionen von Männern auf dem Arbeitsmarkt werden rechnen müssen. Von der Million mehr be-

schäftigter Frauen werde der größte Teil auf dem Arbeitsmarkt bleiben, weil der Ernährer gefallen ist oder selbst noch keine Arbeit gefunden habe. Bei dieser Sachlage werde man das Fehlen der Gefallenen und arbeitsunfähig gewordenen zunächst noch nicht merken. Zwar würden die Kohlenbergbau, nach Aufgabe der Kriegsgefangenen sofort ihren vollen Friedensbedarf an Arbeitern annehmen; aber das gleiche gelte nicht für die übrige Industrie. Wenn auch in manchen Industrien große Friedensaufträge vorlägen, so werde doch der Rohstoffmangel vielfach die baldige Inangriffnahme hindern. Besonders würden jene Industrien noch lange Zeit sehr schwach beschäftigt sein, die auf ausländische Rohstoffe und auf ausländischen Absatz angewiesen sind, und das sei ein außerordentlich großer Teil unserer Gesamtindustrie.

Dr. Feig regt schließlich an, für alle Arbeitsbedürftigen ein großes Sammelbüro zu schaffen, damit möglichst keine Arbeitsstunde und keine Arbeitsminute anders als wirtschaftlich produktiv verwendet werde. Solange und soweit dies nicht auf dem Wege der Warenherzeugung möglich sei, müsse es geschehen durch Arbeiten, die unsere Volkswirtschaft für eine fernere Zukunft produktiver und ertragsreicher machen. Er nennt in diesem Zusammenhang die Verbesserung unserer Landwirtschaftlichen Bodens und seiner Verwertung, unserer Verkehrsmittel durch Eisenbahnen, Kanal- und Hafenanlagen, Kraftfahrzeuge, Eisenbahnwagen und Schiffsbau, endlich Sehung unserer Volkswirtschaft durch freien Wohnungsbau, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch aufnahmefähige Arbeit am Wiederaufbau und Neubau unserer Volkswirtschaft.

Fragen der Landwirtschaft.

Dem Vortrag Dr. Feigs schloßen sich an ein Vortrag von Dr. H. Thiel, Ministerialdirektor a. D., über Produktionssteigerung in der Landwirtschaft, und von Dr. W. Wülfelberg über die Bereitstellung von Arbeit durch Intenzivierung und Mechanisierung der Landwirtschaft. Dr. Thiel sagt, die Landwirtschaft werde nach dem Kriege geradezu nach Arbeitskräften scheitern; denn es fehlten ihr dann alle die Gefallenen, die Gefangenen und die ausländischen Wanderarbeiter. Bei Reanagen, Meliorationen usw. könnten weitere Arbeitskräfte untergebracht werden. Der Staat müsse der Landwirtschaft die Beschaffung der wichtigsten Hilfsmittel der landwirtschaftlichen Produktion erleichtern. Bei geeigneter Anwendung der drei Hauptdüngstoffe: Stickstoff, Phosphorsäure und Kali, könne die landwirtschaftliche Produktion so gesteigert werden, daß die ausländische Zufuhr von Lebensmitteln entbehrlich werde. Einen finanziellen Zwang für die Landwirtschaft hält Dr. Thiel nicht für möglich.

Dr. Wülfelberg macht darauf aufmerksam, daß das Waageverhältnis der Landwirtschaft ihren Wiederaufbau aus den heimischen Rohstoffen vornehmen können, daß sie also von der Auslandszufuhr unabhängig sind. Während aber der Wagnisart unter Geld- und Kreditmangel leiden werde, gehe die Landwirtschaft aus diesem Kriege wirtschaftlich gefaßt hervor und könne noch für einige Jahre hohe Preise erwarten. Es sei also genügend Betriebskapital für die Intenzivierung und Mechanisierung der Landwirtschaft vorhanden. Dr. Wülfelberg erwartet allein von der Verwendung landwirtschaftlicher Saatgut eine Steigerung der Ertragsleistung um 60 pZt. Schließlich gelte auch für die anderen Feldfrüchte. Daneben komme zur Steigerung der Produktion der immer stärkere Ubergang zum Großgrundbau und die Aufkündigung der großen, noch bedrückenden Lebensbedingungen in Betracht. Voraussetzung für eine Intenzivierung der Landwirtschaft sei die Regelung des Wasserhaushalts. Wülfelberg tritt für die Beseitigung von Abwässerungen (Beregnungsanlagen), die Erschließung von Binn- und Wasserkraft, für die Einführung von Dampfmaschinen und Motorpflügen, für den Ausbau der Verkehrswege, für

Eisenbahnanstöße und Förderbahnen nach den Landgütern und Dörfern ein. Technik und Industrie müssten ihre Errungenschaften dem konservativen Sinn des Landwirtschaft aufdrängen. Das landwirtschaftliche Schulwesen sei zu fördern.

Die Boden- und Kapitalbeschaffung

behandelt der bekannte Bodenreformer A. Damaschke. Er tritt für die Errichtung von Kriegereheimstätten und für die Inangriffnahme einer allgemeinen Wohnungs- und Siedlungsreform ein. Das nötige Land will er durch die Heimstättenausgabe: Reich, Staat, Gemeinden, öffentlich-rechtliche Siedlungsgesellschaften — enteignen, soweit nicht Land von Stiftungen, Kirchen, Schulen usw. dazu zu verwenden ist. Insbesondere an den nach dem Kriege zu bauenden Verkehrswege, Kanälen, Eisenbahnen könnte billiges Siedlungsland geschaffen werden. Werde zum Beispiel auf dem 150 km langen Wege der noch zu bauenden Strecke des Mittelkanals rechts und links vom Kanal ein Streifen von 1 km Breite zum landwirtschaftlichen Werte enteignet, so gäbe das allein bei diesem Kanalbau 800 qkm billiges Siedlungsland, das nach Weg der öffentlichen Wege, Straßen und Plätze sowie der öffentlichen und gewerblichen Gebäude Raum für 180 000 Wohnheimstätten im Maße eines preussischen Gartenrentengutes böte. Den Boden sollen Reich, Staat, Gemeinde oder eine gemeinnützige Gesellschaft gegen eine Jahresrente ausgeben, so daß man zu seinem Kauf kein Kapital brauche. Dagegen soll von dem Bauwert des Hauses der einzelne 10 pZt. selbst aufbringen. Die übrigen 90 pZt. soll das Reich beschaffen, indem es während der Kriegszeit und der beiden ersten Jahre nach Friedensschluss eine halbe Million Heimstättenhypotheken ausgibt. Die dazu nötigen Gelder soll das Reich nach Meinung Damaschkes dadurch beschaffen, daß es die Heimstättenhypotheken seinerseits bei den eingerichteten Darlehenskassen gegen Darlehenskassenscheine verpfändet. Ob das der richtige Weg ist, möchten wir bezweifeln. Wir befürchten von der weiteren Vermehrung unseres Papiergeldes eine weitere Entwertung unseres Geldes. Denn durch die Neuausgabe von Milliarden Papiergeld werden ja in Wahrheit keine neuen Werte geschaffen, wird das wirkliche Vermögen eines Volkes um keinen Pfennig vermehrt. Die weitere Entwertung unseres Geldes aber wäre gleichbedeutend mit einem weiteren Steigen der Preise, mit einem Rückgang des Reallohnes der Arbeiter, mit einem allgemeinen Sinken der Kaufkraft. Wir halten es darum für viel besser, wenn das Reich sich seine Geldmittel auf andere Weise verschaffe, nicht zuletzt durch einen kräftigen Griff in den Beutel derer, die sich während des Krieges auf Kosten der Allgemeinheit bereichert haben.

Die Frau im Wirtschaftsleben.

(Nachdruck nur mit Erlaubnis des Verfassers.)

Die größte Sorge des Staates und der Gesellschaft sollte es sein, den jungen Arbeiterinnen, die aus der Familiengemeinschaft entzogen sind, einen andern stützenden Lebensheime, Bildungs- und Erhaltungsmöglichkeiten zu geben. Aus der so zu erzielenden Erziehung der Arbeiterinnen wird auch eine gerechtere Einschätzung der Arbeiterinnen durch ihre männlichen Berufscollegen, ein „Gemeinwohnen“ durch die „Arbeits- und Kampfgemeinschaft“ der Männer entstehen. Und nur so kann dem Gemeingeistlichenwerden der Frauen in die Industrie und der Gerabridung der Ränge durch die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen wirksam ein Raum entgegengestellt werden.

In der Heimindustrie herrscht nun bekanntermaßen das größte Elend. Das zeigte die 1906 in Berlin veranstaltete Heimarbeit-Ausstellung: Stundenlöhne von 2, 3, 5, 6, 7, 8, 9 sind für die geistigen Arbeiter der Spielwaren- und Sittlerindustrie, der Wollweberei, der Konfektion ordentlich. Auch hier könnte durchgreifende Besserung nur eine strikte Organisation erzielen. Aber wie unsagbar schwer lassen sich diese, aus den verschiedensten

50, Gentin
de 100, Gr
ughagen 60
Damm 1. 22
50, Statuen
Schulstr 220
50, Kiel 220
Schulstr 50
Walchin 30
Kreuzfahrer
150, Württ
Haupt 100
Haupt 80
10, Stuttgart
7,05, Wallstr
100, Württ
7,10, Wallstr
716, 71
abt 25, W
anden 100
Grafstr 75
100, Effer
d. C. 100
10, Kiel 150
200, Mühl
Wetterstr
a. d. R. 60
Breeh 60
50, Schier
Stettin 600
0, Württ
M. 737, 8



Waffen bestehenden, unglücklich gesplitterten Arbeitskräfte unter einem gemeinsamen Zielbewußtsein zwingen. Eine gewisse Erleichterung würde erst durch Einführung von Mindestlöhnen und ihre Hebung durch staatliche Lohnämter zu erreichen sein.

Im Handel und Verkehr stellen die Frauen einen ganz erheblichen Teil der Arbeitskräfte. Wir zählen im Frieden im Handels- und Gewerbe 645 177 Frauen, im Post- und Eisenbahnbetrieb 28 055 und im Gastwirts- und Metzgerei- und Fleischhandwerk 839 942. (Die gleichlaufenden Zahlen für die Männer sind 1 194 735, 638 929 und 311 342.) Von hundert Erwerbstätigen waren 1907 im Handel 68,7 männlich, 31,3 weiblich, im Post- und Eisenbahnbetrieb 95,7 männlich, 4,3 weiblich, im Gastwirts- und Metzgerei- und Fleischhandwerk 47,8 männlich, 52,2 weiblich. Im Handel ist also seit 1895 eine Zunahme der Frauen von einem Viertel auf ein Drittel der Gesamtbeschäftigten, im Post- und Eisenbahnbetrieb eine Verdreifung, im Gastwirts- und Metzgerei- und Fleischhandwerk eine Verdoppelung der Frauenarbeit festzustellen. Die Masse der weiblichen kaufmännischen Angestellten, des Kontor- und Verkaufspersonals im Handel und in der Industrie umfaßt insgesamt etwa 276 000 Personen. Im Handel stellen die Frauen den dritten Teil des Kontorpersonals, in der Industrie ein Sechstel (1895 waren die entsprechenden Zahlen ein Fünftel und ein Zwanzigstel). Während der kaufmännische Beruf in früheren Jahren ein ausgesprochen männlichdominierter war, wird er in neuerer Zeit auch stark von weiblichen Angestellten erfaßt. (Der Berliner Verein für weibliche Angestellte ermittelte im Verkaufspersonal 1898 13 pSt. Arbeiterinnen, 1908 dagegen schon 38,6 pSt.; beim Kontorpersonal liegt der Anteil der Arbeiterinnen bei 4,4 auf 16,1 pSt.; von den jüngeren jungen Verkäuferinnen waren zwei Drittel Arbeiterinnen.) Wir sehen so bei den großstädtlichen Arbeiterkreisen die Tendenz, sich der Fabrikarbeit ab- und dem Adambienberufe zuzuwenden. Je nach Lage des Arbeitsmarktes müssen Handel und Industrie steigend und fallend zur Befriedigung des weiblichen Arbeitsbedürfnisses beitragen. „Zum Glück“ werden sich manche Gegner der Frauenarbeit das vorstellen, gehen die Mädchen nicht in die Geschäfte“.

Verteilung der Frauen nach den Kontorberufen. „Angestelltere Gewissenhaftigkeit im feinen und härtere Zubehörsarbeit im großen“ als den Männern nach. Für den Beruf der Verkäuferin sei die Frau durch größere Anpassungsfähigkeit, Gelassenheit in der Kundenbegegnung, leichteres Ertragen persönlicher Wünsche und viel Kraft und Geduld besonders geeignet. Der größte Teil der weiblichen Angestellten, 85 pSt. in der Industrie, 87,4 pSt. im Handel und 74,8 pSt. bei den Verkäuferinnen befinden sich im Lebensalter von 16 bis 30 Jahren, im Alter von 16 bis 20 befinden sich 32,4, 31,6 und 33,7 pSt., im Alter von 20 bis 25 Jahren 30,9, 30,2 und 28,1 pSt. Im höheren Lebensalter als 40 Jahre (von 30 bis 40 Jahren sind die Zahlen 10,9, 11,7 und 8,2 pSt.) werden nur noch durchschnittlich 5 pSt. weibliche Angestellte beschäftigt. Ganz junge Mädchen (von 14 bis 16 Jahren) werden zu 5,8 pSt. in der Industrie, 5,3 pSt. im Handel, 12 pSt. als Verkäuferinnen beschäftigt. „Die kaufmännische Angestellte ist also der Jugendlichs aller weiblichen Berufsgruppen“. Meistlich wie bei den Arbeiterinnen kommen auch bei den weiblichen kaufmännischen Angestellten unzulängliche Ausbildung, geringes Verdienstvermögen, Heberangebot von geringwertigen Arbeitskräften, niedrige Gehälter und schlechte Arbeitsbedingungen, die den Tätigsten den Aufstieg erschweren, vor. Das Hin- und Herfluten der jungen Mädchen von Stellung zu Stellung, das unangenehme Singenommen- und Wiederabgegebenwerden“ verurteilt einen gewissenmaßen diesen Zustand der Geschäfte. Das Durchschnittsgehalt der Verkäuferin reicht für die Alleinlebende zum Leben, zumal bei der geforderten guten Kleidung, nicht aus. Das durchschnittliche Monatsgehalt der Verkäuferinnen von 1907 ein, die Berliner Stellenvermittlung der Berufsorganisation ermittelt in 1910 zwei Fünftel der Stellen mit Gehältern unter 10.

Die Konkurrenz der Frauen für die Männer ist entgegen der in der Öffentlichkeit vorherrschenden Ansicht hier nicht so sehr groß: Nach der letzten Zählung stellte die Industrie auf vier neue Männer eine Frau ein. Im Handel war das Verhältnis fünf zu eins. Wäumer ist hier der Ansicht, daß die Frauenarbeit volkswirtschaftlich keine „bedenkliche Schädigung“ der Männer darstellt, da die fortschreitende Spezialisierung und Arbeitsteilung in der Industrie gewissermaßen auch ohne das Frauenangebot einen solchen geschäftlichen Stellenmangel hervorzubringen hätte. Die niedrigen Gehälter der männlichen Angestellten im Handel seien nicht eine Folge der weiblichen Konkurrenz, sondern darauf zurückzuführen, „daß die jetzt als Lebensstellung geltenden Posten früher Durchgangsstadien zur Selbstständigkeit waren und deshalb niedriger besoldet wurden“. Für die bei den Posten und Beschäftigten besoldeten tätigen Frauen (die Organisationsämter umfassen hier 8000 und 4000 Mitglieder) sollte Einweisung unter die mittleren Beamten, unzulässige Anstellung und weniger anstrengende, vielfältigere Beschäftigung verlangt werden.

Das Gastwirts- und Metzgerei- und Fleischhandwerk ist recht eigentlich ein Frauenberuf. Wir sehen in diesem Gewerbe der „Beherbergung unter 102 445“ eine große Zahl Selbständiger (63 888) und Erwerbender. Die Frau Wirtin“ spielt eine bedeutende Rolle, ein Gastwirtsunternehmen ohne eine Frau ist doch recht selten. Das Problem für die hier tätigen Frauen ist die Stellenvermittlung. Die Weiblichkeit der Sellerinnen wird ein Posten im kapitalistischen Regenerempel“, und oft führt so das Profitinteresse in Abstufungen zum Umstürzen. Das ist vor allen Dingen in Norddeutschland

der Fall; in Süddeutschland dagegen werden gegen die weibliche Bedienung kaum Einwände erhoben werden können. Eine Besserung der ungeliebten Verhältnisse würde sich vielleicht durch völliges Verbot der Anmierzweigen, scharfe Beaufsichtigung der Stellenvermittlungen und feste Bezahlung der Sellerinnen ermöglichen lassen.

Im der Teilnahme der Frauen an den höheren Berufen sehen wir recht eigentlich ihren Aufstieg. Im Reichs-, Staats- und Kommunaldienst sind nun etwa 2800 Weibchen in höherer Stellung, bei den Kommunen sind 4200 Frauen, bei städtischen Einrichtungen 730 Frauen tätig. Im Unterrichts- und Bildungswesen finden wir 89 081 Frauen gegen 188 859 Männer (die Lehrerinnen bilden die stärkste Gruppe in den freien Berufen), als Metzgerinnen 195 und 20 788 männliche Metzger, als Krankenpflegerinnen (Materpersonale) 71 642 und 17 485 Männer, als Schriftstellerinnen 892 und 7861 Männer. Am Theater, als Musiklehrerinnen oder Musiklehrerinnen, Sängern, Vortragssängerinnen usw. waren 20 451 Frauen und 80 964 Männer. Für die große Zahl der Krankenpflegerinnen sind angemessene Beschäftigung und Beförderung der überlangen Arbeitszeiten zu erörtern; die Berufsorganisation der Krankenpflegerinnen Deutschlands widmet sich diesen Aufgaben mit anerkanntem Eifer. „Am Bühnenberuf teilte die Frau mehr als in manchen anderen durchaus das Schicksal des männlichen Berufsgenossen“. Der äußere Glanz, die glänzenden Erfolge einiger Sterne verbergen einen Zubrang weit über den Bedarf, der talentvolle Leberluft wird zum Bühnenproletariat. Auch an der Heberfrage scheitert so manche hoffnungsvolle Schauspielerin. (Die Postkarte beschriften oft die Hälfte der Gänge.) Besserung in diese Verhältnisse und Befreiung der rigorosen Kündigung wird nur in der Verteilung berufliche Reichhaltigkeit bringen, das auch die Hebergründung scharf funktionsreicher Theater beitragen soll.

Ein Studium der Frauen an deutschen Universitäten ist erst seit 1900 möglich. Baden öffnete zuerst seine Pforten, dann folgten Bayern, Württemberg, Sachsen und schließlich 1907 auch Preußen. Seit dem Herbst 1908 (da wurde die Immatrikulation von Frauen in ganz Deutschland zugelassen) stieg die Zahl der Studentinnen von 1 172 auf 3 435, im 192 pSt. Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Studierenden betrug im Winter 1908 2,48 pSt., im Sommer 1913 5,69 pSt. Drei Viertel der Gesamtzahl gehörten der philosophischen Fakultät an, der Rest verteilt sich auf Medizin, Jurisprudenz, Theologie und Naturwissenschaften (von letzteren waren nur 12 vorhanden). Im Sommersemester 1911 waren 1108 Studentinnen, im Wintersemester 1305 teilhaftig und 247 jüdisch. Der Hauptanteil der weiblichen Studierenden kommt aus akademisch-wissenschaftlichen Kreisen, es folgen die Kaufmannstochter und an dritter Stelle die Töchter unterer und mittlerer Beamten. Von den studierenden Frauen betätigt sich der größte Teil praktisch als Metzgerinnen, Volkswirtinnen, in der sozialen Fürsorge (Armenpflege, Waisenpflege und bei freien Wohlfahrtsvereinigungen), als Lehrerinnen, Schriftstellerinnen, Gemeinderäten und auch in den technischen Berufen. In zunehmendem Maße nimmt die Frau an der Weinberhaltung teil. Über 200 Stellen sind Frauen als Armen- und Waisenpflegerinnen tätig. Vieles sind auch Frauen als Einzelhandels- und als Verkäuferinnen in der Berufsberatung tätig. Einige Städte haben auch Kolonialstellen und Wohnspflegerinnen angestellt.

Die Fälscher an der Arbeit.

Die „Leipziger Volkszeitung“ vom 6. Februar enthält einen Artikel, betitelt: „Für niedrige Löhne!“ — in dem sie den Untergehenden des Leipziger Kollegen K. W. W. auszuspielen versucht. Sie schreibt:

Drei Jahre hindurch haben die Gewerkschaftsführer von den wohlthätigen sozialistischen Wirkungen des Krieges publiziert, bis in der im Verlage der Leipziger Buchdruckerei A. G. erschienenen Broschüre: „Die Neuen“ die Aufforderung gestellt wurde, endlich die illusionäre und utopistische Schwärmer beiseite zu lassen und auf Grund der wirklichen Zustände zu unterfragen, wie sich während des Krieges die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse gestaltet hat. In der „Neuen Zeit“ vom 7. Dezember 1917 geht ein solcher Gewerkschaftsführer, ein gewisser, nämlich der Bauernführer E. Ellinger, die nicht wegzuleugnende Wirklichkeit ein, daß die Arbeiter, Angestellten, Beamten und Handwerker „die Kosten des Krieges zu tragen haben und zum Teil bis zur Verklammerung aus dem Stricke gezogen sind, während gleichzeitig andere Weltbürger und Vermögen gewaltig steigen“. So steht jetzt der Arbeiter und andere ein nicht genug können. Ellinger sagt weiterhin, daß der Unternehmer auf eine zurückgewandte der Löhne nach dem Kriege müsse (scharf) zurückgewandte werden. „Solange die Industrie noch solche der ähnliche Profite eintritt, wie die bis heute während in einem geradezu gemeingefährlichen Maße fest, wird man andererseits die Arbeiter nur anzuehen braucht, und zu erkennen, daß sie in hohem Maße an Unterernährung leiden, daß sie verkommen und daß ihnen — trotz Lagen schaut.“

Ich möchte dazu bemerken, daß es für mich nicht der Zweck des Handlungsgehilfen Rates bedarf hat zu erörtern, daß die Arbeiter während des Krieges verarmen, daß ihre Reallohn sinkt und daß ihre Arbeitskraft stark entwertet wird. Diese Tatsache habe ich vielmehr so wohl im „Grundstein“, wie in anderen Zeitschriften schon

zu einer Zeit hervorgehoben, als Paul Range noch nicht im Traume daran gedacht hat, seine altbackenen Weisheiten in einer Broschüre zum Besten zu geben. Im „Grundstein“ haben wir vom Jahre 1916 an zahlreiche Artikel und sogar umfangreiche Vorträge veröffentlicht, in denen wir den Niedergang des Reallohns und die Verschlechterung der Lebenshaltung unterer Klassen nachweisen. Es ist also eine ebenso überflüssige wie demagogische Unterstellung, wenn es heute die „Leipziger Volkszeitung“ so darzustellen beliebt, als hätte es erst der Leipziger Paul Range bedarf, um mich über die Wirkungen des Krieges auf den Reallohn und die Lebenshaltung der Arbeiter zu belehren.

Jedoch diese Unterstellung ist gar nichts gegenüber dem, was sich die „Leipziger Volkszeitung“ gegenüber unseren Kollegen Winnig leistet. Schon in der Leberzeit ihres Heberzeitungs der Löhne einträte. In dem Artikel selbst schreibt sie dann wörtlich folgendes:

„Ellinger führt zwar aus, daß wenn die Lebensmittelpreise auf ihren jetzigen Stand verbleiben, es eine heftige Pflicht der Arbeiter sei, für eine weitere Erhöhung der Löhne zu sorgen. Aber der Bauerarbeiterführer Winnig tritt in der „Globe“ vom 1. Dezember 1917 Hipp und Marx für eine deutsche Industrie ein, damit die deutsche Industrie so schnell wie möglich ihre früheren günstigen Stellung auf dem Weltmarkt zu rückerobere.“

Der hier gepredigte Satz ist eine ganz gemeine Fälschung dessen, was Kollege Winnig wirklich geschrieben hat. Kein Wort steht in jenem Artikel, aus dem wir seinerzeit auch einen Auszug im „Grundstein“ brachten —, was auch nur im entferntesten so ausgelegt werden könnte, als trete Kollege Winnig für eine Erhebung der Löhne ein. Kollege Winnig sagt vielmehr in seinem Artikel folgendes:

„Die weitere Arbeit der Gewerkschaften wird beherzigt werden von der Lohnfrage, die ja gleichfalls in ihrem ganzen Umfange durch die Geldentwertung aufgebrochen ist. Der Friedensschluß mit der jetzigen Demobilisation wird voraussichtlich eine sehr kritische Situation schaffen. Die Höhe der Kriegszölle wird im wesentlichen gefestigt von der großen Nachfrage nach Rohstoffen sein, denen ein eng begrenztes Angebot entgegensteht. Darin wird die gegenwärtigen Löhne nicht leichtlich gebunden sein, werden sie schnell sinken. Aber diese Sinken wird zunächst noch von keinem Sinken der Lebensmittelpreise begleitet sein. Diese Situation kann für einen katastrophalen führen, wenn sie nicht rechtzeitig erkannt und wenn sie nicht vorgebeugt wird. Das Streben der Gewerkschaften ist es, zu verhindern, daß die Reallohn möglicherweise durch die hohen Reproduktionskosten der Arbeiterkraft hinaus zu steigen, um dadurch der Arbeiterentwicklung zu gehen, die wiederum die Vorbereitung für politische Machterweiterung ist.“

Wie man sieht, hat Kollege Winnig genau das Gegenteil von dem geschrieben, was ihm in der „Leipziger Volkszeitung“ unterlegt wird. Er tritt nicht für eine Erhebung, sondern für eine Steigerung der Löhne ein, und zwar des Reallohns ein, was ja schließlich für einen arbeitsfähigeren Stellen lebenden Gewerkschafter auf selbstverständliche ist. Aber wie kommt es, wird mancher fragen, daß die „Leipziger Volkszeitung“ einen Auspruch Winnigs in Anführungszeichen setzen kann? Nun, das ist allerdings so, wie er heute nur noch von Demagogon umringelten gebildet angewandt wird. Denn in Anführungszeichen stehen die Worte: „Leipziger Volkszeitung“ hat den betreffenden Satz aus seinem Zusammenhang gerissen und hat ihn mit einem andern, von ihr selbst erfindenen Satzteil so zusammengeknüpft, daß er das Gegenteil von dem bezeugt, was er besagen soll. Kollege Winnig spricht in seinem Artikel von der Verteuerung der Produktionskosten bei der Warenherstellung infolge der Erziehungskosten des Krieges, der gestiegenen Werta und anderem. Er glaubt, daß infolge dieser Dinge die deutsche Industrie bei der Wiederherstellung des Weltmarktes auf den Außenmärkten erfolgreich sein werde, als ihre ausländischen Konkurrenten. Er behauptet, daß ein Daniederliegen der deutschen Industrie, eine schlechte Konjunktur und als Folge eine Erziehung der gewerkschaftlichen Arbeit und Erfolgs. Dann sagt er wörtlich:

„Diese Tatsachen werden sich die Gewerkschaften nicht verschließen können und wollen. Es ist ein arbeitende Industrie kann auch ihre Arbeit nicht erfolgreich sein; gerade im Interesse ihrer Lohnpolitik müssen möglich ihre Einkünfte zu erhöhen, um die Weltmarkt zu rückerobere. Soll das nicht auf Kosten des anderen übrig, als der Lebensmittelpreise, und die höheren Erzeugung der Erträge bei der Produktion der Arbeiterklasse, und die Zahlung einer Löhne zu ermöglichen, ohne daß den Wiederarbeiten der Industrie in Frage zu stellen.“

Kollege Winnig sucht also nach Mitteln, um den Gewerkschaften nach dem Kriege trotz der schwierigen Lage der deutschen Industrie die Ertragspolitik guter Löhne zu ermöglichen. Und daraus macht das Leipziger Blatt die Behauptung, Kollege Winnig trete für die Erhebung der Arbeitslöhne ein! Diese Art Klampnetze gegen unser bequeme Gegner ist so erbärmlich, daß sie meines Erachtens jedem anständigen Menschen anwidern muß.

A. Ellinger.

Friede im Osten.

Am 9. Februar ist zwischen den Zentralmächten und der Ukrainischen Volksrepublik Friede geschlossen und der Friedensvertrag unterzeichnet worden.

Die erste Nachricht war nach allem, was der Öffentlichkeit über den Stand der Friedensverhandlungen mitgeteilt worden ist, zu erwarten, die Nachricht von der Aufhebung des Kriegszustandes und der Demobilisierung in Russland kommt dagegen ziemlich unerwartet.

Die erste Nachricht war nach allem, was der Öffentlichkeit über den Stand der Friedensverhandlungen mitgeteilt worden ist, zu erwarten, die Nachricht von der Aufhebung des Kriegszustandes und der Demobilisierung in Russland kommt dagegen ziemlich unerwartet.

An der Einleitung zu dem Friedensvertrag mit der Ukrainischen Volksrepublik heißt es, die Zentralmächte wollen einem dauerhaften und für alle Teile ehrenvollen Weltfrieden. Nach Artikel 2 des Vertrages sollen zwischen Oesterreich-Ungarn und der Ukraine die Grenzen bestehen bleiben, die vor dem Kriege zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland bestanden haben.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbände.

Feststellungsergebnis vom 28. Januar.

Die Arbeitslosigkeit hat seit dem vorigen Jahrlage weiter abgenommen. Waren am 21. Januar von 81.482 erfassten Mitgliedern 1287 arbeitslos, so am 28. Januar 962.

Das Ergebnis vom 4. Februar ist, ebenso wie das bei vorhergehendem Ergebnis der Fall war, zurückgestellt worden, weil die Berichte aus zwei größeren Bezirken noch nicht eingelangt waren.

Table with columns: Bezirk, In den bezirksweise erfassten Bezirken, In den bezirksweise erfassten Bezirken (Arbeitslos), In den bezirksweise erfassten Bezirken (Gesamt), In den bezirksweise erfassten Bezirken (Arbeitslos) (Zusammen).

Anträge zum Verbandstage.

Frankfurt a. M., Bahnhofs-Ostbahnhof. Die Lokal-Zweigvereine erhalten 30 pgl. der Einnahmen zur Deckung der Ausgaben.

Frankfurt a. M., Absatzstelle Offenbach. Die Lokal-Zweigvereine erhalten 30 pgl. der Einnahmen zur Deckung der Ausgaben.

Frankfurt a. M., Absatzstelle Offenbach. Die Lokal-Zweigvereine erhalten 30 pgl. der Einnahmen zur Deckung der Ausgaben.

Frankfurt a. M., Absatzstelle Offenbach. Die Lokal-Zweigvereine erhalten 30 pgl. der Einnahmen zur Deckung der Ausgaben.

Frankfurt a. M., Absatzstelle Offenbach. Die Lokal-Zweigvereine erhalten 30 pgl. der Einnahmen zur Deckung der Ausgaben.

Frankfurt a. M., Absatzstelle Offenbach. Die Lokal-Zweigvereine erhalten 30 pgl. der Einnahmen zur Deckung der Ausgaben.

Frankfurt a. M., Absatzstelle Offenbach. Die Lokal-Zweigvereine erhalten 30 pgl. der Einnahmen zur Deckung der Ausgaben.

Frankfurt a. M., Absatzstelle Offenbach. Die Lokal-Zweigvereine erhalten 30 pgl. der Einnahmen zur Deckung der Ausgaben.

Frankfurt a. M., Absatzstelle Offenbach. Die Lokal-Zweigvereine erhalten 30 pgl. der Einnahmen zur Deckung der Ausgaben.

Frankfurt a. M., Absatzstelle Offenbach. Die Lokal-Zweigvereine erhalten 30 pgl. der Einnahmen zur Deckung der Ausgaben.

Frankfurt a. M., Absatzstelle Offenbach. Die Lokal-Zweigvereine erhalten 30 pgl. der Einnahmen zur Deckung der Ausgaben.

Frankfurt a. M., Absatzstelle Offenbach. Die Lokal-Zweigvereine erhalten 30 pgl. der Einnahmen zur Deckung der Ausgaben.

Frankfurt. Allen Verbandsmitgliedern, welche 25 Jahre dem Verbandsverbande und seinen Vorgängern angehört und alle Pflichten gewissenhaft erfüllt haben, wird, wenn sie infolge Unfalles oder sonstiger Ursachen invalide geworden sind und das 60. Lebensjahr erreicht haben, eine monatliche Unterstützung von M. 15 gewährt.

Frankfurt. Bei besonderen Unterhaltungsfällen sind anerkannt uneheliche Kinder wie die ehelichen zu behandeln.

Frankfurt. Der Tarifvertrag ist zu verlängern.

Berichte.

Cöln. (Zeuerungszugulaue im Tiefbau-gewerbe.) Am 2. Februar fanden unter der Leitung des Herrn Bürgermeisters Dr. Bredenborf im Rathaus Verhandlungen wegen einer weiteren Zeuerungszugulaue für das die Berliner Vereinbarung für die Arbeiter erklärten sich bereit, die Berliner Vereinbarung im allgemeinen auch für das Cölnener Vertragsgebiet des Tiefbaugewerbes anzuerkennen.

Guben. (Sachbescheid.) Unser Zweigverein hat am 2. Februar im Laufe des Berichtsjahres 156 Mitglieder. Am 1. August 1917 sind neue Mitglieder 8, übergetreten 1, ausgeschieden 37, abgemeldet 7, zum Geze eingetragene 23, wegen rüchständiger Beiträge wurden 9 gestrichelt.

Frankfurt a. M., Absatzstelle Offenbach. Die Lokal-Zweigvereine erhalten 30 pgl. der Einnahmen zur Deckung der Ausgaben.

Frankfurt a. M., Absatzstelle Offenbach. Die Lokal-Zweigvereine erhalten 30 pgl. der Einnahmen zur Deckung der Ausgaben.

Frankfurt a. M., Absatzstelle Offenbach. Die Lokal-Zweigvereine erhalten 30 pgl. der Einnahmen zur Deckung der Ausgaben.

Frankfurt a. M., Absatzstelle Offenbach. Die Lokal-Zweigvereine erhalten 30 pgl. der Einnahmen zur Deckung der Ausgaben.

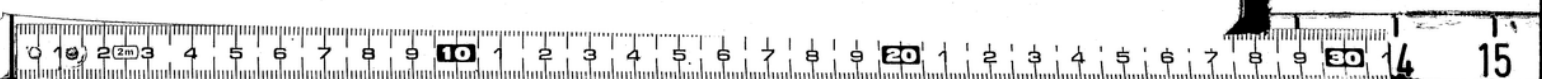
Frankfurt a. M., Absatzstelle Offenbach. Die Lokal-Zweigvereine erhalten 30 pgl. der Einnahmen zur Deckung der Ausgaben.

Frankfurt a. M., Absatzstelle Offenbach. Die Lokal-Zweigvereine erhalten 30 pgl. der Einnahmen zur Deckung der Ausgaben.

Frankfurt a. M., Absatzstelle Offenbach. Die Lokal-Zweigvereine erhalten 30 pgl. der Einnahmen zur Deckung der Ausgaben.

Frankfurt a. M., Absatzstelle Offenbach. Die Lokal-Zweigvereine erhalten 30 pgl. der Einnahmen zur Deckung der Ausgaben.

Frankfurt a. M., Absatzstelle Offenbach. Die Lokal-Zweigvereine erhalten 30 pgl. der Einnahmen zur Deckung der Ausgaben.



glatt bewilligt. Und auch in diesem Falle hätten wir Erfolg gehabt, wenn uns die Kollegen nicht im Wege geblieben hätten. Bemüht hatten wir uns genug darum, möglichst uns aber begnügen, als uns der Unternehmer sagte: „Das wollt Ihr denn, die Leute sind ja zufrieden mit dem Lohne.“ Es wäre uns lieber gewesen, wenn wir auch mit diesem Herrn einmal fertig geworden wären, da er stets unklar Schmerzgeföhle war; aber die alten Kollegen wollen nicht von ihrer heimatlichen Scholle weg, und das weiß dieser Herr nur zu gut, deshalb hinkt er auch immer einige Schritte die Stunde nach. Auf die Dauer aber geht das nicht, und wir werden sehen, ob wir nicht auch mit diesem Herrn noch fertig werden. Die Verwaltungsverhältnisse wurden erledigt in 8 Versammlungen, die sämtlich besucht waren, und 6 Vorstandsitzungen. Die Mitgliederbewegung ergab folgendes Bild: Am Schlusse des Jahres 1916 hatten wir einen Bestand von 271 Mitgliedern, neu eingetretene sind 89, zugereist, übergetreten und vom Militär entlassen 34; in Summa 344 Mitglieder. Dem steht als Abgang gegenüber: Abgereist 8, gestorben 6, ausgeschieden 26, zum Militär eingezogen 64, getöteten 2; in Summa 106 Mitglieder. Mitteln verließen am Schlusse des Jahres 1917 238 Mitglieder. An die Mitglieder wurden 8242 Beitragsmarken verauslagt. Die Einnahmen der Haupttagungen $\text{M} 5706,50$, einschließlich $\text{M} 500$, die als Zuschuß für Unterhaltungsweide vom Vorstandsvorstand überwiesen wurden. An die Hauptkasse wurden in bar abgehandelt $\text{M} 1048,30$; verauslagt für die Hauptkasse wurden $\text{M} 1640,55$ für Arbeitslosenunterstützung, $\text{M} 1093,85$ für Krankeunterstützung, $\text{M} 425$ für Sterbeunterstützung, $\text{M} 5,55$ für Rechtschutz, und $\text{M} 1838$ für Gehalts- und Lohneinlagen. Es bleibt ein Guthaben für die Sozialkassenverhältnisse für die Lokalkasse. Durch fortwährenden Einberufungen unserer Kollegen zum Militär verringerten sich auch die Einnahmen, so daß wir einen Rückgang von $\text{M} 1498,17$ aufzuweisen haben. Die Einnahme der Lokalkasse betrug $\text{M} 8908,53$ die Ausgabe $\text{M} 3765,57$, so daß ein Kassenbestand von $\text{M} 5142,96$ besteht. Hiervon sind eintragend angelegt $\text{M} 4703,27$. Haben wir nun infolge des schrecklichen Krieges dies Opfer bringen müssen, so hoffen wir doch, daß uns der Friede bald winken möge. Wenn dann, mit unheimlicher Sicherheit wieder besser wird, so hoffen wir, mit unheimlicher Sicherheit unsere Kollegen nicht nur auf seine heimkehrenden Kollegen, sondern auch noch weiter vorwärts zu bringen, zum Wohle unseres Vereins und zum Nutzen unserer Kollegen. Deshalb, Kollegen, mit neuer Kraft und neuem Mutte frisch ans Werk für unseren Zweigverein! Wenn uns auch die schwere Zeit drückt, dürfen wir nicht verzagen; einmal muß doch Friede werden.

Berichtigung. In dem Bericht aus Dresden in der letzten Nummer heißt es, Kollege Warth hätte über die Besetzung der Vorstandsfunktionen. Es muß richtig heißen: Besetzung der Vorstandsfunktionen.

Beschaffung militärischer Adressen von Bauarbeitern.

Der Deutsche Wohnungsausschuß teilt mit: Für die alsbaldige Wiederaufnahme der Bautätigkeit nach dem Kriege ist die rechtzeitige Entlassung der Kräfte des Baugewerbes von großer Wichtigkeit. Hierfür kommen natürlich in erster Linie die Maßregeln der Demobilisierungs- und Bauwirtschaftsministerien in Betracht, aber auch das Baugewerbe und die Bauwirtschaftsministerien ihrerseits können an der Durchführung der rechtzeitigen Entlassung ihrer Arbeiter und Angestellten wirksam mitarbeiten. Hierzu bedarf es vor allem genauer militärischer Adressen der einzelnen gewöhnlichen Bauarbeiter, um diese leinzeitig bei der zuständigen Kriegsamtsstelle anfordern zu können. Die oben genannten Unternehmungen werden daher zu tun, sich diese Adressen jetzt schon einwandfrei und vollständig zu beschaffen.

Gestaltungsbefehle als Mittel zum Lohnraub.

Aus Köln schreibt man uns: Inzwischen einer Gewerbebehörde ist stattand, erklärte der Vertreter der Bauarbeiter, die am 6. Februar vor dem Gewerbegericht sitzen. Er erklärte, daß die Bauarbeiter keine Gestaltungsbefehle, dann heißt es aber: Gestaltungsbefehle. Es handelt sich um eine Klage der Arbeiter wegen Nichtzahlung von Beträgen für zu wenig gezahlte sogenannte Ausstellungen. Dieser Auspruch erschreckt, darum so viele reklamierte Arbeiter es unheimlich, mit Klagen gegen die Unternehmer vorzugehen, wissen eben ganz genau, was auf sie eintrifft. Die Arbeiter und sich infolgedessen beim Unternehmer mitleidig macht, da heißt es Gestaltungsbefehle. Wenn trotzdem die Arbeiter keine Klagen machen, so ist die Lärminstanz und die Gewerbebehörde, die den Arbeiter wegen Nichtzahlung der Beträge, dann geht daraus hervor, daß gewisse beschäftigten kein Mittel unberührt lassen, um sich auf Kosten der Arbeiter zu bereichern. Würden die Unternehmer in diesem Streit widerstand leisten, so ist es ihnen zu empfehlen, sich gegen die meist reklamierten Arbeiter alles erdenkliche zu bemühen, um sich auf Kosten der Arbeiter zu bereichern. Würden die Unternehmer in diesem Streit widerstand leisten, so ist es ihnen zu empfehlen, sich gegen die meist reklamierten Arbeiter alles erdenkliche zu bemühen, um sich auf Kosten der Arbeiter zu bereichern. Würden die Unternehmer in diesem Streit widerstand leisten, so ist es ihnen zu empfehlen, sich gegen die meist reklamierten Arbeiter alles erdenkliche zu bemühen, um sich auf Kosten der Arbeiter zu bereichern.

Grundstein-Einbände von 1917.

Der Verbandsvorstand hat für die Bibliothek unserer Zweigvereine wieder mehrere hundert Stück des „Grundstein“ vom letzten Jahre auf besserem Papier herstellen lassen. Die Einbände werden demnächst fertig. Den Zweigvereinen, die einen Einband bestellen, werden dafür, wie in den vorhergehenden Jahren, nur die Kosten des Einbundes und des Versandb berechnete. Wie hoch diese sind, läßt sich zurzeit noch nicht sagen. Die Zweigvereine werden jedoch gebeten, Bestellungen auf den gebundenen Jahrgang jetzt umgehend anzugeben.

Ueber den Austausch von Facharbeitern

schreibt die ck-Korrespondenz: Die aus dem Felde zurückgekehrten Facharbeiter fragen lebhaft darüber, daß sie vielfach weiß vom Wohnort ihrer Familie beschäftigt werden. Dadurch erhöhen sich naturgemäß die Kosten des Lebensunterhaltes ganz erheblich. Von sozialdemokratischer Seite ist deshalb beim Kriegsanfang angeregt worden, diese Facharbeiter auf ihren Wunsch möglichst an Arbeitsstellen zu beschäftigen, die sich am Wohnort ihrer Familien oder doch in der Nähe befinden. Das Kriegsanfang hat darauf geantwortet:

Es besteht bereits eine Verfügung, daß die Entlassung der Facharbeiter möglichst an die am Wohnort der Familie oder in deren Nähe gefundene alle Arbeitsstellen des Arbeiters gegeben soll. Es wird auch angestrebt, Arbeiter, die fern vom Wohnort ihrer Familie beschäftigt sind, loszulassen, daß sie an ihren Wohnort oder doch in der Nähe ihrer Familien kommen. Eingetragene Gesuche werden in Frage kommenden Selbstverwaltenden Generalkommandos zur Erörterung vorgelegt.

Es dürfte sich also empfehlen, in solchen Fällen Gesuche um Verlegung an das Kriegsanfang, Berlin W, Reichsgr. Nr. 13, zu richten und diese Gesuche eingehend zu begründen. Dagegen konnte einem weiteren Wunsch, nämlich den Facharbeitern die Kriegszuschüsse für Schnelzüge zu erlassen, keine Folge gegeben werden. Der Standpunkt der Betriebsverwaltung wird dahin präzisiert: „Beschäftigung der in den Wohnungswirtschaften entlassenen Wehrpflichtigen ist grundsätzlich der Standpunkt eingetragenen worden, daß diese Leute wie freie Arbeiter anzusehen sind und genau so wie diese entlassen werden. Bezüglich der Fahrpreise für Schnelzüge ihnen eine Ausnahme zu bewilligen, würde somit der übrigen Arbeiterschaft gegenüber nicht gerechtfertigt werden können.“

Dieser Ansicht kann man beim besten Willen nicht zustimmen. Die zur Wohnungswirtschaft entlassenen Wehrpflichtigen haben im Gegensatz zu den dort beschäftigten freien Arbeitern ihre Familien nicht am Arbeitsort, sondern sie bekommen, um ihren Familien zu helfen, in die teuren Schnelzüge fahren müssen, somit also den freien Arbeitern gegenüber im Nachteil sind. Ihnen unter diesen Umständen die Schnelzugzuschüsse zu erlassen, würde also keine Bevorzugung sein, sondern erst recht eigentlich eine Gleichstellung bedeuten.

Gewerkschaftliches.

Vom Wachstum des Metallarbeiterverbandes. Der Metallarbeiterverband hatte im Jahre 1917 die größte Mitgliederzahl im Jahresverlauf mit 288 000 gegen 248 000 im Jahre 1916. Die Zunahme beträgt 140 000 oder über die Hälfte der vorigen Mitgliederzahl. Im Jahre 1917 hat die Hälfte der vorigen Mitgliederzahl. Im Jahre 1917 hat die Hälfte der vorigen Mitgliederzahl. Im Jahre 1917 hat die Hälfte der vorigen Mitgliederzahl.

Bücher und Schriften.

Die große russische Revolution. Von R. G. Veron. 108 Seiten. Mit 15 Bildern. Preis $\text{M} 2,50$ broschiert. — In der uns vorliegenden Arbeit hat der Verfasser in großer Unirren eine geschichtliche Darstellung der großen Revolution in Russland und ihrer Ursachen gegeben. Es ist sehr verständlich, daß bei dem geringen Umfang des Buches nicht die Einzelheiten der umfangreichen politischen und wirtschaftlichen Ereignisse der Revolution in der Darstellung werden können. Besonders der Umstände, die die Revolution in Russland herbeiführten, gibt der Verfasser in überigen ein anschauliches Bild der freudigen und heimenden Straße in der russischen Revolution. Der Text ist übersichtlich in 16 Kapiteln unterteilt. Besonders hervorzuheben ist die Darstellung der Ereignisse der letzten Monate, das Buch nicht erwähnt werden können, weil es die zweite Hälfte des Buches einnimmt. Die Geschichte der Revolution ist nicht nur ein Buch, sondern ein Buch, das die Geschichte der Revolution in der Darstellung zeigt. Es ist ein Buch, das die Geschichte der Revolution in der Darstellung zeigt.

Deutschlands hat R. G. Veron den richtigen Bild. Am Schlusse seiner Ausführungen schreibt er: Das russische Volk und die russischen Sozialisten haben Genugendes geleistet. Sie haben im Kriege das Land vom Dürstenden befreit. Nun müssen sie und das Volk dafür sorgen, daß die Arbeiter- und Soldatenräte befreiten, oder aber — sie müssen sich freimachen; denn die verabschiedete Bourgeoisie lautet darauf, sie zu packen.“ Nun haben sie sich zwar inzwischen freimacht, aber werden sie bei ihrer großen Vorliebe für theoretische Sozialtheorien auch den Weg finden, den das russische Volk gehen muß? S. Ditta.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Belegertentwahl zum Verbandstage. Für den 6. Wahlkreis des Bezirks Dresden wird hiermit die Neuwahl der Belegertent zum Verbandstage am Sonntag, den 8. März, von morgens 9 Uhr bis nachmittags 2 Uhr. An der Wahl sind beteiligt die Zweigvereine 23 b a u, 24 b a u, 25 b a u, 26 b a u, 27 b a u, 28 b a u, 29 b a u, 30 b a u, 31 b a u, 32 b a u, 33 b a u, 34 b a u, 35 b a u, 36 b a u, 37 b a u, 38 b a u, 39 b a u, 40 b a u, 41 b a u, 42 b a u, 43 b a u, 44 b a u, 45 b a u, 46 b a u, 47 b a u, 48 b a u, 49 b a u, 50 b a u, 51 b a u, 52 b a u, 53 b a u, 54 b a u, 55 b a u, 56 b a u, 57 b a u, 58 b a u, 59 b a u, 60 b a u, 61 b a u, 62 b a u, 63 b a u, 64 b a u, 65 b a u, 66 b a u, 67 b a u, 68 b a u, 69 b a u, 70 b a u, 71 b a u, 72 b a u, 73 b a u, 74 b a u, 75 b a u, 76 b a u, 77 b a u, 78 b a u, 79 b a u, 80 b a u, 81 b a u, 82 b a u, 83 b a u, 84 b a u, 85 b a u, 86 b a u, 87 b a u, 88 b a u, 89 b a u, 90 b a u, 91 b a u, 92 b a u, 93 b a u, 94 b a u, 95 b a u, 96 b a u, 97 b a u, 98 b a u, 99 b a u, 100 b a u.

Vom 4. bis 10. Februar haben folgende Zweigvereine Geld an die Hauptkasse gesandt: Achim A. 200, Dantig 9, Erdmann 39,50, Großhildern 129,50, Klosterlausnitz 6,50, Königshausen 455,50, Kammern 85,05, Mühlhölz 2,40, Torgelow 4,50, Wilhelmshagen 6,50. **Kalender:** Breslau $\text{M} 50$, Freiburg $\text{M} 50$, Hauen $\text{M} 50$, Tilmendorfer $\text{M} 50$. **Verrechnungssätze:** Großhildern $\text{M} 25$, Wilhelmshagen $\text{M} 7,50$. — **Jugendabteilung:** Breslau $\text{M} 5,50$. **Der Vorstandsvorstand.**

Sterbetafel.

- Berlin.** Am 28. Januar starb das Mitglied **Herrn Steinköper** (Bauer) im Alter von 82 Jahren an Hirnverwundung. — Am 2. Februar starb das Mitglied **Otto Eder** (Maurer) im Alter von 65 Jahren an Gehirnleiden. — Am 3. Februar starb das Mitglied **Gust. Koschwitz** (Bauer) im Alter von 64 Jahren an Lungentuberkulose. — Am 4. Februar starb das Mitglied **Heinrich Fürstenberg** (Hilfsarbeiter) im Alter von 64 Jahren an Herzschwäche. — Am 6. Februar starb das Mitglied **Paul Krug** (Bauer) im Alter von 69 Jahren an Brustfell- und Lungenerkrankung. **Bielefeld.** Am 6. Februar starb unser treuer, über 20 Jahre bei uns organisierter Kollege **Herrn Rosenkranz** (Maurer) im Alter von 48 Jahren an Lungenerkrankung. **Dantzig.** (Schönbaum) Am 1. Februar starb nach langem Krankenlager unser Kollege **August Gollman** (Maurer) im Alter von 82 Jahren an Wasserleiden. **Dresden.** Am 21. Januar starben unsere Mitglieder **Karl Werssig** (Maurer) aus D u b e n in der 70. Jahren an Nierenleiden und **Theodor Wessmann** (Maurer) aus D i p p o l d i s w a l d e im Alter von 65 Jahren an Schlaganfall. — Am 4. Februar starb unser Mitglied **Clemens Richter** (Hilfsarbeiter) im Alter von 55 Jahren an Lungenerkrankung. **Düsseldorf.** Am 4. Februar starb nach langer, schwerer, im Felde zugezogener Krankheit im Lagerort zu Gattlingen a. d. Ruhr unser langjähriges treues Mitglied, früherer Sektionsvorsitzender der Sektorene und Bauer, Kollege **Johannes Becker** im Alter von 88 Jahren. **Hannover.** Am 14. Januar starb unser Mitglied **Ludwig Vollmer** (Maurer) im Alter von 43 Jahren infolge eines Unfalles. — Am 26. Jan. starb unser Mitglied **Franz Deising** (Maurer) im Alter von 67 Jahren an Herzleiden. **Hilfswerk.** Am 24. Januar starb der Kollege **Otto Timms** (Maurer) im Alter von 45 Jahren an Herzleiden. **Kattowitz.** Am 4. Februar starb unser langjähriger Mitglied **Anton Cziesal** (Maurer) aus Z a m o d z i n an Tuberkulose. **Niel.** Am 8. Februar starb unser langjähriges Mitglied **H. Schwane** (Maurer) im Alter von 80 Jahren. **Seipzig.** Am 1. Februar starb unser Kollege **Wihl. Damesch** (Maurer) im Alter von 86 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 5. Februar starb unser Kollege **Karl Graul** (Maurer) im Alter von 84 Jahren an Herzschwäche. **Mechelen.** Am 30. Januar starb unser Mitglied **Hermann Wagner** (Maurer) im Alter von 67 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 3. Februar starb das Mitglied **Hermann Peritz** (Maurer) im Alter von 60 Jahren an Lungenerkrankung. **Münberg-Güter.** (H e i l s b r o n n). Am 1. Februar starb unser Mitglied **Michael Hahn** (Maurer) im Alter von 39 Jahren an Herzleiden. **Sterzwitz.** Am 2. Februar starb unser Mitglied **H. Stolte** (Maurer) im Alter von 53 Jahren an Brustverwundung. **Ob ihrem Andenken!**

Versammlungen.

Berlin. (Stuttgarter) Montag, den 18. Februar, abends 8½ Uhr, im Saal 10 des Gewerkschaftshauses, Engländer 16, Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Erhöhung der Zeuerungszulage. 2. Die Durchführung der Zeuerungszulage vom 2. Februar.

